

Weniger Pestizide für mehr Insektenschutz - DBV kritisiert Einseitigkeit der Diskussion

Die Landwirtschaft steht im Zentrum der Bemühungen um den Insektenschutz. Das belegen sowohl die Diskussionsvorschläge des Bundesumweltministeriums für Maßnahmen des geplanten Aktionsprogramms als auch die gemeinsame Stellungnahme des Sachverständigenrats für Umweltfragen und des Wissenschaftlichen Beirats Biodiversität. Wesentliche Forderungen beziehen sich auf eine Neuausrichtung der EU-Agrarförderung sowie eine Verminderung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes. Auch Umweltministerin Svenja Schulze setzt auf eine deutlich geringere Pestizidnutzung. Der Bauernverband kritisiert eine fehlende Ausgewogenheit und einseitige Fokussierung auf die Landwirtschaft beim Insektenschutz.

Länderberichte 16

EU-Agrarpolitiker sagen Nein zur GAP-Kürzung - Experten fordern Nachbesserungen

Der Landwirtschaftsausschuss des Europaparlaments hat sich gegen Kürzungen im EU-Agrarhaushalt ausgesprochen. Eine Versorgung der EU-Bürger mit öffentlichen Gütern sei so nicht sicherzustellen. Die Agrarpolitiker forderten die Mitgliedstaaten erneut dazu auf, ihren Beitrag an die EU auf 1,3 % des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Derweil übten bei einer Anhörung des Ausschusses mehrere Experten deutliche Kritik an den Reformvorschlägen. Diese richtete sich insbesondere gegen die Möglichkeiten zur Umschichtung von Mitteln aus der Ersten in die Zweite Säule und umgekehrt. Bayerns ehemaliger Landwirtschaftsminister Josef Miller monierte einen „Paradigmenwechsel“ in der EU-Agrarpolitik.

EU-Nachrichten 1 und 2

Klößner fordert Offenheit der Landwirte - Erhebliche Versäumnisse in der Tierhaltung

Mehr Offenheit gegenüber Kritikern erwartet Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner von der Landwirtschaft. „Es ist nicht alles falsch, sachfremd oder überzogen, was an die Landwirtschaft heute herangetragen wird“, sagte Klößner beim Politischen Erntedank. Die Branche müsse „raus aus der Verteidigungshaltung“. Für eine zunehmende Entfremdung in Teilen der Gesellschaft von der Landwirtschaft macht die Ministerin die Branche selbst verantwortlich. Diese habe es über viele Jahre nicht geschafft, „selbst mutig, mit Leidenschaft, mit Überzeugung ein modernes Bild der Landwirtschaft zu zeichnen“. Vor allem in der Tierhaltung gebe es große Versäumnisse.

Länderberichte 29

Hofabgabeklausel vor dem endgültigen Aus

Die Tage der Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte scheinen gezählt. Man sei zu der Erkenntnis gelangt, dass eine rechtssichere Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils nicht möglich ist, sagte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann, vergangene Woche. Für ihn ist daher klar, „die Hofabgabeverpflichtung als Voraussetzung für den Rentenbezug in der Alterssicherung der Landwirte ist nicht zu halten“. Stegemann zufolge sorgt der Stopp bei der Bewilligung von Rentenansprüchen für erhebliche Verunsicherung und muss daher so bald wie möglich aufgehoben werden. Noch in diesem Jahr strebe die Union eine gesetzliche Lösung an, „die für Klarheit sorgt und zugleich gewährleistet, dass sie den Anliegen der jüngeren Generation Rechnung trägt“. Der CDU-Parlamentarier ist zuversichtlich, „dass wir uns zügig mit der SPD auf eine Neuregelung verständigen können“. Zuvor hatten sich bereits die Agrarsprecherin der CSU-Landesgruppe, Marlene Mortler, und SPD-Berichterstatterin Ursula Schulte für eine Abschaffung der Hofabgabeklausel ausgesprochen. Linke und Grüne legten einen gemeinsamen Antrag vor, in dem sie sich ebenfalls für eine Streichung der Hofabgabeverpflichtung als Voraussetzung für den Rentenbezug einsetzen. Unterdessen wächst der Druck auf die SVLFG, Rentenansprüche wieder zu bescheiden. „Falls eine politische Grundsatzentscheidung zur Hofabgabeklausel noch mehr Zeit bedarf, fordern wir die Bundesregierung dringend auf, eine befristete Zwischenlösung, zum Beispiel in Form von Rentenbewilligungen unter Vorbehalt, herbeizuführen“, forderte Landfrauen-Präsidentin Brigitte Scherb.

Länderberichte 30